



# Nach der Schulreform fängt die Schulreform erst an

Bildungspolitik als Projekt, das die ganze Nation betrifft: Unter diesem Motto appellieren prominente Zeitgenossen anlässlich des Nationalfeiertags an die Bundesregierung, endlich eine radikale, buchstäblich an die Wurzeln gehende Schulreform umzusetzen.

Lisa Nimmervoll

Wien – Es ist ein symbolträchtiges Datum, das die von der Industriellenvereinigung (IV) initiierte und von einer breiten Palette an Organisationen bzw. rund 20.000 Personen unterstützte Plattform „Neustart Schule“ für einen Appell an die Regierung nutzt: Zum Nationalfeiertag wird die Bildungsreform quasi zu einem unabdingbaren Akt der nationalen Selbstbehauptung erklärt und ein Ende des „Bildungsstillstands“ verlangt: „Die Bevölkerung, wir alle, wollen Veränderung!“

Danach bleiben nur noch drei Wochen bis zum 17. November, an dem die rot-schwarze Koalition ihre Schulreform vorlegen will.

„Damit ist die Bildungsreform aber nicht zu Ende“, warnen die Neustartaktivisten. In einem Video (siehe Weblink) fordern Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft „beste Bildung für jedes Kind“ und nicht weniger als: „Denken wir Schule neu!“ Proponenten sind u. a. IV-Präsident Georg Kapsch, AMS-Vorstand Johannes Kopf, Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner, Infineon-Chefin Sabine Herlitschka, Altkurator Christoph Badelt, TU-Wien-Rektorin Sabine Seidler, der evangelische Bischof Michael Bünker und Moderatorin Arabella Kiesbauer.

Einer, der nicht unbedingt zu den üblichen Verdächtigen zählt, die regelmäßig im bildungspolitischen Schlagabtausch mitmischen, der die Initiative aber „aus tiefster Überzeugung unterstützt“, ist der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP): „Wir müssen in dieser leidigen Frage endlich weiterkommen“, sagte er zum STANDARD: „Wenn wir jetzt nichts weiterbringen, werden wir massiv

verlieren und an unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.“

Fischlers Forderung nach einer „großzügigeren Reform“ bedeutet: „Wir müssen das Schulsystem komplett neu aufsetzen und ein innovatives Modell entwickeln.“ Er meint damit, dass man „eher zum Ziel kommen würde, wenn man nicht immer nur an irgendeinem Schräubchen drehen möchte.“ Dazu gehöre auch, „dass wir die Bildungsreform nicht der Lehrgewerkschaft und Beamten überlassen dürfen, sondern Fachleuten, auch internationalen“.

Die ideologischen Grabenkämpfe um „Gesamtschule oder nicht“ hält der Präsident des Europäischen Forum Alpbach für einen „fundamentalen Fehler der bisherigen Debatte und eine unzulässige Einengung des Themas. Damit wäre die Schule nicht refor-

miert. Die Frage muss von Entwicklungspsychologen beantwortet werden, wann der Zeitpunkt für Differenzierung sinnvoll ist.“

Auch für Nationalbankpräsident und ÖVP-Vordenker Claus J. Raidl „ist und bleibt die Kernfrage in Österreich, ob mit dem 10. Lebensjahr entschieden wird, ob man einmal Matura machen kann oder nicht. Ich fürchte, dass diese Frage bei der laufenden Debatte zur Schulreform nicht gelöst werden wird.“ Mehr Schulautonomie, wie sie die Regierung verspricht, sei „sicher sinnvoll, löst aber das Problem nicht“. Und wer die Lehrer künftig verwaltet, ob Bund oder Länder, hält Raidl auch für eine „reine Machtfrage“, die für die Schüler „völlig unwichtig“ sei.

Franz Fischler plädiert inhaltlich für „mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung für die Schulen“, etwa dass sie die Lehrer selbst aussuchen dürfen. Generell habe er „den Eindruck, dass man in Österreich das Unterrichten in eine Form der Aneinanderreihung von Verwaltungsakten gebracht hat, gegen die dann auch entsprechend Einsprüche möglich sind.



Der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP) ist eine von 27 Persönlichkeiten, die eine Neuauflistung des Schulsystems fordern.

Diese Verbürokratisierung der Schule muss man loswerden.“

Von Österreichs „roter“ Seite kämpft Bildungsvolksbegehrensmittlerinitiator Hannes Androsch (SPÖ) gegen die „Reformblockierer“. Der Industrielle fordert ein modernes Schulsystem, weil „Bildung essenziell ist für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Sie schafft Wohlstand und ermöglicht Wohlfahrt und Sicherheit.“

Sie alle hoffen auf einen großen Wurf und fürchten einen kleinen. Oder, wie Raidl die historische Größe des geforderten Projekts beschreibt: „Von Neustart zu sprechen ist eine leichte Übertreibung, weil es in den letzten 70 Jahren nie einen Start gegeben hat, sondern nur Versuche, die alle missglückt sind.“ Der nächste Versuch folgt am 17. November.

➔ [mitmachen.neustart-schule.at](http://mitmachen.neustart-schule.at)